

# Deutschlandpolitik der Gewerkschaften in den 1980er-Jahren

DGB und FDGB

---

*Stefan Müller*

## 1. First and last contact: 1972 und 1989

Am 18. Oktober 1972 reiste der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter zu einem Treffen mit Vertretern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) nach Ostberlin. Begleitet wurde er unter anderem vom Westberliner Gewerkschafter Gerhard Schmidt, und gemeinsam passierten sie, wie der *Spiegel* hervorhob, »den sonst nur Westdeutschen vorbehaltenen Kontrollpunkt Heinrich-Heine-Straße« (Der Spiegel 1972: 98). Mit diesem Treffen begann nach einer langen Phase von Blockaden auf beiden Seiten eine Periode gewerkschaftlicher Entspannungspolitik.

West- und ostdeutsche Gewerkschafter trafen sich, um sich über das politische Verhältnis der beiden deutschen Staaten, die aktuellen Verhandlungen über den Grundlagenvertrag sowie die Gewerkschaftsbeziehungen auszutauschen. Beide Seiten waren sichtlich um Deeskalation bemüht und vermieden Provokationen. Die nicht nur symbolischen Fragen, ob es sich hier um innerdeutsche Gespräche (westdeutsche Haltung) oder um internationale Beziehungen (Position der DDR) handelte, ob Westberlin neutral sei (FDGB) oder enge Verbindungen zur Bundesrepublik unterhalte (DGB) sowie die ostdeutsche Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung wurden entweder ausgeklammert oder beschwiegen (Otto 1972; Warnke 1972). Auch die Enttarnung von Wilhelm Gronau, damals Sekretär beim DGB-Vorstand, der bezeichnenderweise für die deutsch-deutschen Beziehungen zuständig war, als Agent des Ministeriums für Staatssicherheit

(MfS) stellte keinen Hinderungsgrund dar, obwohl sie nur vier Wochen zuvor stattgefunden hatte.

Diese erste deutsch-deutsche Gewerkschaftsbegegnung nach knapp 20 Jahren stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl am 19. November, die zu einem »Plebiszit für Brandt und die Ostpolitik« werden sollte (Jäger 1986: 86). Die Bundestagswahl legitimierte abschließend die Verträge mit Moskau und Warschau (August und Dezember 1970) und das Viermächteabkommen über Berlin (unterzeichnet am 3. September 1971) sowie die Paraphierung des Grundlagenvertrags mit der DDR (abgeschlossen am 21. Dezember 1972). Für den Erhalt des Friedens und die Vergrößerung der Freiheiten der Berliner Bevölkerung hatte die Bundesrepublik die politischen Realitäten der Nachkriegszeit akzeptiert: die Anerkennung der Sowjetunion als osteuropäische Führungsmacht, die Nachkriegsgrenzbeziehungen einschließlich der polnischen Westgrenze und schließlich die staatliche (aber nicht völkerrechtliche) Anerkennung der DDR.

Der DGB unterstützte diese Entspannungspolitik. Er wehrte ostdeutsche und osteuropäische Unterminierungsversuche ab und orientierte sich strikt an den deutschland- und ostpolitischen Positionen der Bundesregierung. So verweigerte er vor Abschluss des Warschauer Vertrags eine von den polnischen Gewerkschaften gewünschte gemeinsame Erklärung zugunsten der Oder-Neiße-Grenze, um die Bundesregierung nicht zivilgesellschaftlich unter Druck zu setzen. Zudem ließ der DGB Delegationsbesuche beim FDGB platzen, die den Ausschluss Westberliner Gewerkschafter bedeutet und damit die Zugehörigkeit des Westberliner DGB zur Bundesorganisation infrage gestellt hätten.

Auch nach der Begegnung 1972 waren die Beziehungen zwischen DGB und FDGB noch lange nicht entspannt, und in den Spitzengremien des DGB sehnte sich kaum jemand nach einem intensiveren Austausch. Vetter rutschte wenige Monate später im Bundesvorstand heraus, 1972 habe sich abgezeichnet, dass der Kontakt in die DDR »nicht mehr abzuwehren sei« (DGB 1973). Bei den innerdeutschen Gewerkschaftsbeziehungen handelte es sich also zu Beginn der 1970er-Jahre sicher nicht um eine Herzenssache, sondern um Pflichterfüllung.

Die letzte Spitzenbegegnung zwischen DGB und FDGB fand vom 12. bis 15. September 1989 statt,<sup>1</sup> als sich der Zusammenbruch der DDR bereits abzeichnete. Schon seit Mai des Jahres hatten Tausende DDR-Bürger die offene ungarische Grenze nach Österreich zur Flucht genutzt. Am 10./11. September, einen Tag vor Ankunft der FDGB-Delegation in der Bundesrepublik, öffnete Ungarn dann gänzlich seine Grenzen. Tausende DDR-Bürger waren in die westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau sowie in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin geflüchtet, um ihre Ausreise zu erzwingen (Wirsching 2006: 631 ff.; Rödder 2009: 71 ff.). Allein in den Tagen des FDGB-Besuchs sollen etwa 15.000 DDR-Bürger die ungarisch-österreichische Grenze überschritten haben (Kowalczuk 2009: 347 ff.).

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit war sich der Offenheit der historischen Situation bewusst, und die FDGB-Delegation in der Bundesrepublik musste sowohl ihre Ratlosigkeit als auch die Intensität der Probleme feststellen. Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch räumte ein, dass das Agieren der Bundesrepublik nicht die Ursache der Fluchtbewegung aus der DDR sei. Tisch war überzeugt, dass die Erweiterung der Reisemöglichkeiten »über den Kreis der Familienangehörigen hinaus«, aber auch eine gewisse Lockerung der Planwirtschaft notwendig waren, um der Krise Herr zu werden. Breit und die anderen DGB-Vertreter verhielten sich zurückhaltend. Da die SED-Führung, so die westdeutsche Einschätzung, zu solch tiefgreifenden Reformen nicht in der Lage war, dürften die »bestehenden Brücken« nicht infrage gestellt »oder gar zerstört« werden: »Gerade jetzt sollten alle Möglichkeiten des Meinungs-austausches genutzt werden, um für Nachdenklichkeit bei den Repräsentanten aus der DDR zu sorgen« (Breit 1989b). Auf der abschließenden Pressekonferenz räumte Breit lediglich ein, dass die Gewerkschaftsbeziehungen aufgrund der »freien Entscheidung von Bürgern der DDR, in die Bundesrepublik zu kommen, Belastungen ausgesetzt seien«, »politische Folgerungen« müssten jedoch von der DDR-Führung gezogen werden (Breit 1989d).

In den verbreiteten Presseerklärungen würdigte der DGB zwar den Reformprozess in Osteuropa, äußerte sich aber nicht zur DDR (DGB/FDGB 1989; Breit 1989g). Auch während des Besuchs von Lech Wałęsa in der Bundesrepublik, der eine Woche zuvor stattgefunden hatte, sprach Ernst Breit

---

1 | Vgl. den Beitrag von Wolfgang Uellenberg-van Dawen in diesem Band (S. 45 ff.).

zwar öffentlich davon, dass Solidarność in »Polen das Tor zur Demokratie aufgestoßen« habe, vermied aber jedes Wort zur Entwicklung in der DDR (Breit 1989e). Wenige Tage nach dem Besuch von Harry Tisch reiste eine FDGB-Delegation zum bayerischen DGB. In einer Pressemitteilung erklärte der bayerische DGB-Vorsitzende sogar, dass »weder der DGB noch die Mehrzahl der politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik an einer Krise in der DDR interessiert seien; man setze vielmehr auf Stabilität und Reformen, damit die gegenwärtige Ausreisewelle überflüssig werde« (DGB Bayern 1989).

In den 17 Jahren, die zwischen diesen beiden Begegnungen liegen, war es zu erheblichen Veränderung in den deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen gekommen. Zu Beginn der gewerkschaftlichen Entspannungsperiode standen sich beide Seiten noch konfrontativ gegenüber. Sie trugen noch das Erbe der – zumindest verbal – erbittert geführten Auseinandersetzungen der 1950er- und 1960er-Jahre mit sich, als westdeutsche Spitzen-gewerkschafter für die DDR lediglich »Agenten des US-Imperialismus« darstellten (vgl. Hildebrandt 2010). Die Jahre seit 1969 waren durch die blockpolitische Begleitung zentraler Ost-West-Fragen nach dem Mauerbau geprägt: den Status von und den Zugang nach Westberlin, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze und die Anerkennung der DDR. Eingebettet waren diese Kontakte in die Politik des »Wandels durch Annäherung«, mit der die Bundesrepublik die politische Liberalisierung im osteuropäischen Machtbereich durch das Versprechen fördern wollte, auf eine militärische Intervention oder den gewaltsamen Umsturz zu verzichten (vgl. Niedhart 2014). »Wandel durch Annäherung« zielte auf den Wandel in der Sowjetunion und in der DDR durch Annäherung, Verhandlungen, Gespräche und Begegnungen. So wurde dieses Konzept denn auch seitens der DDR als »Aggression auf Filzlätschen« gewertet – so ein dem DDR-Außenminister Otto Winzer zugeschriebenes Zitat (Bahr 1996: 157; Seidel 2002: 52).

1989 sprach nun ein zerknirschter ostdeutscher Gewerkschaftsvorsitzender gegenüber seinen westdeutschen Gesprächspartnern offen über die Probleme in der DDR und deutete nicht nur die Notwendigkeit politischer Reformen, sondern auch den Übergang in die Marktwirtschaft an. Die westdeutsche Seite wiederum versuchte nicht, die ins Wanken geratene DDR weiter zu destabilisieren. Stattdessen begegnete man dem zutage getretenen Wandel mit Besorgnis und Skepsis. Die (vermeintlich?) große

Nähe zur ostdeutschen Staatsgewerkschaft gegen Ende der 1980er-Jahre brachte Teilen der DGB-Gewerkschaften den Vorwurf ein, mit dem FDGB kollaboriert zu haben (Wilke/Müller 1991; Wilke 2005). Unabhängig davon, ob und inwieweit dieser Vorwurf politisch motiviert war, stellen sich hier die Fragen nach der Reichweite und den Grenzen der Entspannungspolitik: Wie viel und welcher Wandel war durch die Annäherung von Ost und West zu erwarten? Welchen Beitrag, wenn überhaupt, leisteten solche zivilgesellschaftliche Kontakte für den Systemzusammenbruch 1989/90?

## 2. Deutsch-deutsche Krisendynamiken: Die 1970er-Jahre

Die Kontakte des DGB in die DDR und nach Osteuropa waren eingebettet in die westdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik. Seit Regierungsbeginn der sozialliberalen Bundesregierung 1969 entwickelten sich zwischen DGB, Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen enge Arbeitsbeziehungen auf Referentenebene. Diese Absprachen und Kontakte nahmen eine solche Intensität an, dass man den Charakter der westdeutschen Gewerkschaften als Nichtregierungsorganisationen in außenpolitischer Hinsicht infrage stellen kann (vgl. Müller 2014a; Müller 2014b).

Hatten die Gespräche mit den osteuropäischen Gewerkschaften bis 1972 weitgehend die internationale Politik zum Inhalt, so nahm der DGB nun einen Strategiewechsel vor und versuchte, die Gespräche mit den kommunistischen Gewerkschaften Osteuropas zu versachlichen. Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, »durch Kontakte die Entspannung zu fördern und durch vermehrte fachliche Information und Konsultation den Menschen in West und Ost zu helfen« (DGB 1974). Der »Austausch von Expertengruppen für festumrissene Sachbereiche« sollte die Möglichkeit eröffnen, »Erfahrungen und Anregungen zu gewinnen, die unmittelbar in die praktische Gewerkschaftsarbeit umsetzbar sind« (Deutsche Botschaft Moskau 1973). Dagegen sollten Themen vermieden werden, »die stärker mit einem Ideologie-Dissens« befrachtet sind (ebd.). Ziel der westdeutschen Gewerkschaften war nun der gegenseitige »Respekt voreinander, die Bereitschaft, voneinander zu lernen und zu gemeinsamem Nutzen zusammenzuarbeiten« (Götz 1973: 450).

Der Strategiewechsel beruhte auf der Annahme, dass die sowjetischen Gewerkschaften »im Rahmen des kommunistischen Systems zahlreiche, die

Interessen der Arbeitnehmer unmittelbar berührende, Aufgaben« wahrnehmen (Fritze 1972: 649). So begann im Sommer 1972 eine regelrechte Reise- welle: Von den 89 Delegationen bzw. Auslandskontakten des DGB und der Einzelgewerkschaften im zweiten Halbjahr 1972 entfielen 43 auf Osteuropa. Im ersten Halbjahr 1973 fanden von insgesamt 99 internationalen bilate- ralen Begegnungen 37 mit Gewerkschaften der Warschauer-Pakt-Staaten statt (Internationale Gewerkschaftskontakte 1972; Internationale Gewerk- schaftskontakte 1973). Die große Mehrheit der Delegationen wurde mit der Sowjetunion ausgetauscht, nämlich insgesamt 30. Es folgten Ungarn mit elf, Polen und Rumänien mit acht und die ČSSR mit sieben Kontakten; am Ende der Liste steht Bulgarien mit vier Delegationen. Die hohen Erwartun- gen an den Austausch sollten sich jedoch nicht erfüllen. Zwar gelang es zu- meist, weltanschauliche und blockpolitische Fragen auszuklammern, es gab aber schlichtweg zu wenig gemeinsame Gesprächsthemen. »In der Tat«, so Vetter 1983, »gibt es sehr wenig Möglichkeiten zu einer konstruktiven und sinnvollen Zusammenarbeit über originäre gewerkschaftliche Themen. Versucht wurde es oft – meistens ist es gescheitert« (Vetter 1983: 124).

Der FDGB wurde dagegen zunächst als doktrinärer eingeschätzt und als Sonderfall im Konzert der kommunistischen Gewerkschaften gehan- delt. Ende der 1960er-Jahre war man beim DGB der Meinung, dass die Ost- europäer im Wesentlichen gewerkschaftliche Fragen diskutieren wollten, wohingegen der FDGB »vor allem politische Probleme« auf die Tagesord- nung bringe (DGB Abt. Gesellschaftspolitik 1969). Während die DGB-Spit- ze seit 1972 also eine regelrechte Reiseroutine nach Osteuropa entwickelte, trafen sich Heinz Oskar Vetter und Herbert Warnke bzw. Harry Tisch in den 1970er-Jahren lediglich viermal (1972 und 1973 sowie 1976 und 1977). 1978 besuchte Tisch zudem erstmals einen DGB-Bundeskongress.

Die innerdeutschen Gewerkschaftsbeziehungen wiesen eine regelrech- te Krisendynamik auf: Die Begegnungszyklen in den Jahren 1972/73 und 1976–78 wurden unterbrochen von deutschlandpolitischen Konflikten wie beispielsweise der Erhöhung des Mindestumtauschs für Rentner bei Rei- sen in die DDR am 15. November 1973, die Vetter zur Absage des Besuchs der Leipziger Frühjahrmesse veranlasste (Vetter 1974b). Es folgten die Ver- haftung des Kanzleramtsspions Günter Guillaume im April 1974, die Aus- weisung des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer, der sich unbeaufsich- tigt mit Beschäftigten des Röhrenkombinats in Riesa unterhalten hatte, sowie schließlich die Verhaftung des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Heinz

Dürbeck als vermeintlicher Stasi-Agent (vgl. Vetter 1974a; FR 1975; Müller 2010). Am Ende des zweiten Begegnungszyklus war der DGB der Auffassung, dass die Beziehungen nun stabil seien. Während der vierten Begegnung, im Herbst 1977, gelang nach Einschätzung beider Seiten der Durchbruch zur Normalisierung. Die Atmosphäre soll »insgesamt gut« und die Beziehungen »belastbarer« geworden sein, zukünftige Treffen könnten sich nun, so der DGB, »ohne protokollarische Förmlichkeiten eines Spitzenbesuchs abspielen« (BMI 2011: 345 f.). Der FDGB hielt seinerseits fest, dass die in den Diskussionen ausgetauschten Standpunkte und Meinungsverschiedenheiten »ohne Schärfe vorgetragen« worden seien (FDGB 1977: 384).

Die im November 1976 erfolgte Ausbürgerung von Wolf Biermann, der sich zu diesem Zeitpunkt immerhin auf Einladung der IG Metall in der Bundesrepublik befand, sollte die Annäherung nicht mehr stören. Vetter erklärte, dass die »zarten Pflanzen der Entspannung« nicht zerstört werden dürften; es sei die Aufgabe der Gewerkschaften, »die Fäden zum anderen Deutschland nicht abreißen zu lassen« (Vetter 1976).

Der DGB war mittlerweile zu der Einschätzung gelangt, dass der FDGB über eine relative Selbstständigkeit in der DDR verfüge und es somit sinnvoll sei, auf ihn Einfluss zu nehmen. So habe der FDGB laut einer internen Lageanalyse »auch« die Funktion, soziale Arbeitnehmerinteressen »aufzufangen« und in die staatlichen Entscheidungen »einzubringen«. Der FDGB stelle einen »organisierten und kontrollierten« Raum zur Konfliktaustragung zur Verfügung und halte diese Konflikte zugleich in einem systemimmanenten Rahmen (Kaltenborn 1977).

Die Ende der 1970er-Jahre eintretende Entspannung gelang, weil sich beide Organisationen realiter nicht zu nahe kamen. Die wenigen Treffen ermöglichten es, sich auszutauschen und Beziehungen zu entwickeln, zugleich aber auch die tiefen Wunden der 1950er- und 1960er-Jahre allmählich vernarben zu lassen. Durch die Distanz gelang es, nichtkonfrontative Umgangsformen für den seit 1949 existierenden realpolitischen Konflikt zu finden. Da die deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen nach dem im Mai 1973 in Kraft getretenem Grundlagenvertrag noch stärker als zuvor auf symbolpolitische Fragen zurückgeworfen wurden, tat diese »Entspannung und Annäherung durch Distanz« den beiderseitigen Beziehungen gut. Des Weiteren hätte eine überstürzte Kontaktkultur die westdeutsche Furcht vor lokalem und betrieblichem »Wildwuchs«, also vor westdeutschen Sympathiereisen in die DDR, die innerdeutschen Animositäten möglicherweise

eher bestärkt als zu deren Abbau beigetragen. Die Befürchtung aufseiten des DGB, die Beziehungen nicht unter Kontrolle halten zu können, war zu Beginn der 1970er-Jahre jedenfalls sehr ausgeprägt (vgl. Vetter 1970; BMI 2011).

Mit dem »Zweiten Kalten Krieg«, also dem erneuten Rüstungswettlauf zwischen den beiden Militärblöcken, gerieten auch die Gewerkschaftsbeziehungen nach Osteuropa in eine Krise. Der NATO-Doppelbeschluss und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 führten zwar nicht zu einer Einstellung der Kontakte nach Osteuropa, aber durch deren Einschränkung dokumentierte der DGB-Vorstand seine Solidarität mit der Bundesregierung (DGB 1980a; DGB 1980b; Simon 1980; Kristoffersen 1980). Die Beziehungen zum FDGB waren jedoch interessanterweise schon etwas losgelöst von diesen weltpolitischen Konflikten und in eine eigene Dynamik eingetreten. Der Afghanistan-Einmarsch spielte kaum eine Rolle; es waren stattdessen deutsch-deutsche Spezifika wie die erneute Erhöhung des Mindestumtausches bei Reisen in die DDR im Oktober 1980, verbunden mit der erneut erhobenen Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die die Stimmung beeinträchtigten. Als Reaktionen hierauf strichen unter anderem die GEW und die IG Bergbau und Energie bereits geplante Delegationsreisen (Frister 1980; Stobbe 1980; Gaus 1981).

Mit dem Ausnahmezustand in Polen im Dezember 1981 und der Verfolgung der Gewerkschaft *Solidarność* folgte dann ein weiterer Schlag, sodass Heinz Oskar Vetter einen lange vorbereiteten Besuch beim FDGB absagte (Vetter 1982). Die nächste Spitzenbegegnung zwischen DGB und FDGB fand dann erst 1984 statt. Ursache hierfür war neben den politischen Konflikten, dass der neue DGB-Vorsitzende Ernst Breit Zeit zur Vorbereitung und Orientierung in den innerdeutschen Fragen benötigte (BMiB 1983).

### **3. Überraschende Dialoge und Positionsbestimmungen: die 1980er-Jahre**

Ab 1983 schossen die Delegationszahlen dann plötzlich in die Höhe. Nachdem es in den Jahren von 1972 bis 1979 insgesamt 33 Begegnungen unterschiedlicher Art zwischen DGB und FDGB, den Einzelgewerkschaften sowie einzelgewerkschaftlichen Gremien (wie beispielsweise Bundesjugend- oder Frauenausschüssen) oder Besuche bei Gewerkschaftstagen gegeben hatte, fanden allein 1983 13 und in den Folgejahren 18 bzw. 16 Be-

Tabelle 1: Treffen/Begegnungen mit dem FDGB in 1980er-Jahren

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
gesamt	4	5	3	13	18	16	(10)	25	24	30-40
DGB (diverse)	1	1	2	3	5	4	(4)	12	7	
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)				1	1	1	(1)	3	6	
IG Druck	1			1	1	1		1	1	
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	1		2	1					1	
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)					1			1	2	
IG Kunst, Kultur und Medien							(1)		1	
Gewerkschaft Leder (GL)	1			1	1	1	(1)	1	1	
IG Metall	1		1	1	1		(1)	1	2	
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)					1	1	(1)		2	
Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB)				1				1	1	
IG Bau-Steine-Erden									1	
IG Bergbau und Energie				1	1			1		
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)				1	2	2		1		
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NNG)				1	2	1				
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)		1		1		1	(1)	1		
Gewerkschaft der Polizei (GdP)										
IG Chemie-Papier-Keramik		1			1	1		1		
Deutsche Journalisten-Union (dju)		1				1				
Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)									1	

Eigene Zusammenstellung nach Angaben aus dem Archiv der sozialen Demokratie (Bestand DGB), dem Bundesarchiv (Bestand Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) und Breit 1989a.

gegnungen statt (vgl. Gewerkschaftskontakte o.J.). Für das Jahr 1989 waren ca. 40 Begegnungen geplant, von denen bis September etwa 30 stattfanden.

Aber nicht nur die Anzahl der Begegnungen »explodierte«, auch die Qualität veränderte sich. Ab Mitte der 1980er-Jahre gaben beide Organisationen gemeinsame politische Stellungnahmen ab und waren in der Lage, deutsch-deutsche Initiativen anzustoßen. Schon der erste Besuch von Ernst Breit in der DDR im Februar 1984 führte zu zwei Neuerungen. So legten beide Seiten dort ein mittelfristiges Delegationsprogramm über einen Zeitraum von drei Jahren fest, zweitens verabredeten sie, die Ausdehnung der Kontakte auf die Landesbezirksebene zu prüfen (DGB/FDGB 1984). Die Gespräche im Februar 1984 kreisten um die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, und obwohl sich die Standpunkte unterschieden, machte Ernst Breit »Gemeinsamkeiten bei den Zielen« aus (Breit 1984; vgl. ferner FAZ 1984; Tagesspiegel 1984). Diese positive Wertung wurde durch ein selbstsicheres, aber auch reflektiertes Auftreten von Harry Tisch begünstigt, der, so Breit, »durchaus nicht mit kritischen Bemerkungen« über die ökonomische Entwicklung in der DDR sparte (Breit 1984).

Beim Gegenbesuch Tisches in der Bundesrepublik 1985 kam es dann zu einer gemeinsamen politischen Stellungnahme im Hinblick auf die westdeutsche Innenpolitik. Im Abschlussdokument der Begegnung erinnerten beide Organisationen an den 40. Jahrestag des Kriegsendes und erklärten, dass die »politischen Realitäten und Grenzen in Europa, die sich als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges herausgebildet haben, [...] respektiert werden« müssten (DGB 1985). Mit dieser harmlos klingenden Formulierung, die lediglich Grundsätze der Entspannungspolitik wiedergab, reagierten DGB und FDGB auf eine Veröffentlichung im »Schlesier«, in der der Vertriebenenverband im Vorfeld seines Verbandstages den in Schlesien lebenden Polen mit Enteignungen gedroht hatte (Der Spiegel 1985). Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach erklärte auf der Pressekonferenz mit dem FDGB ergänzend, dass es in der Beurteilung des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation mehr Übereinstimmung mit dem FDGB gebe als mit den bundesdeutschen Vertriebenenverbänden (Badische Zeitung 1985; FR 1985).

Der vom 14. bis 17. Juni 1985 stattfindende Schlesiertag war durch sein ursprüngliches Motto »40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser« und die Teilnahme von Helmut Kohl – die erste eines Bundeskanzlers seit Ludwig Erhard – ein hochgradiges Politikum. Kohl gelang es zwar, das revan-

chistische Motto abzumildern (»40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa der freien Völker«), und mit seiner Teilnahme wollte er nicht die polnische Westgrenze infrage stellen, sondern zielte auf die Integration des rechten CDU-Flügels (Wirsching 2006: 654). Dennoch handelte es sich um einen in der westdeutschen Öffentlichkeit hochumstrittenen Auftritt. Die Erklärung von DGB und FDGB kommentierte mithin nicht nur die Innenpolitik Westdeutschlands, sondern nahm implizit auch Stellung gegen konservative Positionen innerhalb der Bundesregierung.

1987 starteten beide Gewerkschaften dann eine deutsch-deutsche Entspannungsinitiative, die deutlich machte, wie weit sich beide Organisationen mittlerweile auf den gemeinsamen Dialog eingelassen hatten. Während des Spitzentreffens im Mai 1987 bot der FDGB-Vorsitzende Tisch überraschend an, dass auch Beziehungen zwischen den beiden Berliner Verbänden entstehen könnten, was ein Novum gewesen wäre (Milert 1987; DGB/FDGB 1987; DGB 1987a). Diese vermutlich spontane Zusicherung stand unter dem Eindruck der kurz zuvor gescheiterten gemeinsamen Feierlichkeiten zur 750-Jahr-Feier Berlins. Erich Honecker und der Ostberliner Bürgermeister Erhard Krack sowie der Westberliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hatten ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten im jeweils anderen Teil der Stadt abgesagt (Nawrocki 1987; ND 1987a; ND 1987b). Die symbolpolitische Dramatik um die Stellung (West-)Berlins entsprach auf der zwischenstaatlichen Ebene noch immer jener der 1970er-Jahre. *Die Zeit* beispielsweise fragte, ob Diepgen mit einer Teilnahme am Ostberliner Staatsakt nicht dem Hauptstadtanspruch Ostberlins »zur Legitimität verhelfen« (Nawrocki 1986a) und mit einer Gegeneinladung »die Spaltung der Stadt politisch und juristisch sanktionieren« würde (Nawrocki 1986b).

DGB und FDGB wollten jedoch genau diese Ebene der Symbolpolitik überwinden und zeigen, dass Kontakte existierten (Milert 1987). Ernst Breit hoffte, dass mit dem Berliner Austausch »in wesentlich bescheidenerem Rahmen auf gewerkschaftlicher Ebene das wahr werden [könnte], was auf der politischen Ebene [...] nicht möglich gewesen ist« (Breit 1987). Die Zusage von Kontakten zwischen den Berliner Organisationen hielt der FDGB dann aber nicht ein. Vermutlich bremste am Ende die SED-Parteführung, der die Gleichstellung von West- und Ostberlin zu weit ging. Erst im Sommer 1989 kam es im Rahmen eines Besuchs beim FDGB-Bundesvorstand zu einem halbstündigen semioffiziellen Kontakt zwischen dem Westberliner DGB und dem FDGB-Bezirk Berlin (DGB 1989c; Pagels 1989).

#### 4. Subkutane Annäherung im »Zweiten Kalten Krieg«

Was führte nun seit den ersten krisenanfälligen Begegnungen der 1970er-Jahre dazu, dass DGB und FDGB seit Mitte der 1980er-Jahre einen Dialog führen und gelegentlich sogar gemeinsame politische Positionsbestimmungen vornehmen konnten? Welche Prozesse sind in Gang gekommen, die angesichts rückläufiger Delegationsbesuche mit Beginn des Zweiten Kalten Krieges zu dieser subkutanen Annäherung führten? Mindestens drei Prozesse sind auf westdeutscher Seite auszumachen.

Zum Ersten hatte sich im letzten Drittel der 1970er-Jahre im Westen ein interkultureller Blick auf die DDR herausgebildet. Deutlich wird dies z. B. in den Analysen des gewerkschaftsnahen Bildungsträgers »Arbeit und Leben«, der Studienreisen in die DDR durchführte. Ohne Zweifel betrachtete »Arbeit und Leben« die Bundesrepublik als das überlegene, freiheitlichere und demokratischere System, wollte sich aber hierdurch nicht den Blick verengen lassen. In einem Grundsatzpapier von 1979 heißt es, dass die westdeutschen Teilnehmer sich häufig auf dieser Überlegenheit ausruhten und dadurch »einer problembewußten Auseinandersetzung mit dem ›östlichen‹ System« entzögen (Arbeit und Leben 1979). Dies erzeuge bei den ostdeutschen Gesprächspartnern einen »Legitimationsdruck«, sodass ein »wirkliches Verständnis der Probleme des jeweils anderen Systems [...] dadurch erheblich erschwert, wenn nicht gänzlich verhindert« werde (ebd.). Die interkulturelle Perspektive wird deutlich, wenn das Papier konstatiert, dass zwar beide Seiten Deutsch sprächen, sich aber »in der öffentlichen und zunehmend auch privaten Kommunikation so etwas wie zwei deutsche Sprachen entwickelt haben« (ebd.). In einem Delegationsbericht der kleinen Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft beschreibt Wolf Andler, wie das »Ausmaß an gegenseitigem Überlegenheitsgefühl, an unterentwickelter Sensibilität und Toleranz« die Teilnehmenden überfordere und verhindere, »Gemeinsamkeiten zu erkennen und anzusprechen« (Andler 1979). Zwar hat der DGB den FDGB bis zum Ende des Systemkonflikts nie als gleichwertige Gewerkschaft betrachtet, die Perspektive kultureller Differenz ermöglichte aber die Herausbildung von Ambiguitätstoleranz und damit den Kontakt.

Zum Zweiten hatten die Vorstellung einer »Einheit der Nation« und die deutsche Wiedervereinigung als Nahziel erheblich an Strahlkraft ver-

loren. Schon 1979 relativierte Heinz Oskar Vetter in seinem Redebeitrag auf der Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland »die großen Träume von der Einheit der Nation« (Vetter 1979: 71). Der deutsche Nationalstaat sei nur für kurze Zeit einer gewesen, der auch einzulösen vermochte, »was von ihm zu erwarten ist«; es habe sich nur um eine »Episode« gehandelt (ebd.).

Mit dieser Einschätzung stand Vetter nicht allein. Hieß es im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 noch, die deutsche »Wiedervereinigung« sei »die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas« (DGB 1980a: 35), sprach der DGB im 1981 beschlossenen neuen Grundsatzprogramm nur noch vom Recht auf Selbstbestimmung »auch für das deutsche Volk« (DGB 1981: 6/Anhang). Dieses Selbstbestimmungsrecht war zudem eingebettet in einen Abschnitt, in dem sich der DGB generell gegen Rassendiskriminierung und Unterdrückung wandte. Insofern leuchtete die »nationale« bzw. die »deutsche Frage« hier noch auf, bedurfte aber keiner dringenden, unmittelbaren Beantwortung mehr.

1963 schien die Wiedervereinigung in der Perspektive der Zeitgenossen weit näher als 1981, als den Beschlüssen die Erfahrung der zeitlichen Dimension von Entspannung und Annäherung zugrunde lag. 20 Jahre nach dem Mauerbau war deutlich geworden, in welchen Zeiträumen Deutschlandpolitik betrieben wurde und voraussichtlich weiter betrieben werden musste. Diese Einschätzung der »deutschen Frage« verstetigte sich dann in den 1980er-Jahren. Nur wenige Monate vor dem Mauerfall resümierte Ernst Breit zweierlei: Zum einen sei die »deutsche Zweistaatlichkeit [...] mittlerweile in der politischen Diskussion unumstritten« (Breit 1989a: 74), zum anderen stelle sie auch einen positiven Bestandteil der deutschen Geschichte dar. Breit zählte die Bundesrepublik und die DDR »zu den stabilsten deutschen Staaten« in der Geschichte (ebd.).

Einen Sonderfall im »Konzert des DGB« stellte allerdings die GEW mit ihrem Vorsitzenden Dieter Wunder dar, der innerhalb der GEW, aber auch gegenüber den Gesprächspartnern aus dem FDGB offensiv das Fortbestehen der »Einheit der Nation« vertrat. Bemerkenswerterweise gelang es Dieter Wunder damit, die ostdeutsche Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) in einen friedenspolitischen Dialog zu drängen, an dessen Ende das Positionspapier »Friedenserziehung in beiden deutschen Staaten« stand, in dem die GUE sogar die Auflösung beider Militärblöcke für denkbar hielt. Aufgrund der Auflösungserscheinungen in der DDR verweigerte

die GUE allerdings im Oktober 1989 die Fertigstellung des Dialogpapiers (vgl. Wunder 1987; Wunder 1988; GEW 1989).

Zum Dritten erleichterte ein Generationswechsel an der DGB-Spitze den Dialog. So datierte Ernst Breit, der 1982 zum Vorsitzenden des DGB gewählt worden war, in einer Darstellung gegenüber dem DGB-Bundesvorstand den ersten offiziellen Besuch des DGB in der DDR auf den November 1976 (Breit 1984). Auch wenn dem DGB-Vorsitzenden die persönliche Kenntnis über die konfliktreiche Kontaktaufnahme und die Probleme zu Beginn der 1970er-Jahre fehlen mochte, so ist doch auffallend, dass anscheinend auch die Organisation als Ganze diese Entstehungsgeschichte »vergessen« hatte. Aus der Sicht der DGB-Spitze Mitte der 1980er-Jahre hatten die Beziehungen zum FDGB mit dem Zeitpunkt ihrer Stabilisierung 1976/77 begonnen.

Sicherlich zählte die Einbettung des DGB in die westdeutsche Vertragspolitik zum abstrakten historisch-politischen Wissensbestand der Organisationsspitze. Als konkrete Krisenerfahrung waren die Konflikte um die Ostverträge jedoch in den gewerkschaftlichen Ost-West-Beziehungen nicht mehr präsent, sondern abgelöst durch den Afghanistaneinmarsch 1979, die Erhöhung des Mindestumtauschs für Reisen in die DDR 1980 und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981. Damit unmittelbar zusammenhängend war auch das Selbstbewusstsein des DGB im Umgang mit dem »Systemgegner« gestiegen. Die frühere Angst vor Unterwanderung oder Stärkung eines kommunistischen Flügels in den westdeutschen Gewerkschaften spielten nun keine Rolle mehr (DGB 1984).

## 5. Grenzen der Entspannung

Ganz offensichtlich hatte sich unter der Oberfläche inmitten des Zweiten Kalten Krieges Dialogfähigkeit entwickelt. Diese Entwicklung kam ab 1983/84 zum Tragen und fand ihren Ausdruck in einer wachsenden Zahl von Delegationsbesuchen und vor allem in überraschenden gemeinsamen Positionierungen und Initiativen. Auf der zwischenstaatlichen Ebene wird für die 1980er-Jahre eine »deutsch-deutsche Interessengemeinschaft« ausgemacht, die darauf basiert, »eine Rückkehr zum Kalten Krieg verhindern« zu wollen (Faulenbach 2007: 29).

Andreas Wirsching nennt dies eine »komplementäre Interessenstruktur«, die den internationalen Krisen zum Trotz und allen Schwierigkeiten entgegen für die »Fortführung der Kooperation« gesorgt habe (Wirsching 2006: 602). Erich Honecker bot der neuen Bundesregierung schon 1983 eine »Koalition der Vernunft« an, drei Jahre später griff Helmut Kohl dann diese Charakterisierung der deutsch-deutschen Beziehungen auf (ND 1983; Honecker 1986: 154; Kohl 1986: 158; Potthoff 1995: 21 ff.). So entwickelte sich zwischen beiden deutschen Staaten eine »Verantwortungsgemeinschaft«, deren Basis das Bekenntnis war, es dürfe nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen.

In den Gewerkschaftsbeziehungen finden sich allerdings keine Hinweise auf einen solchen rationalisierten Annäherungsprozess. Auch konnte sich aufgrund fehlender sicherheitspolitischer Verantwortlichkeit keine entsprechende »komplementäre Interessenstruktur« entwickeln. Die emotionale Ebene dagegen spielte durchaus eine Rolle. Die unterschwellige, also in den Quellen nur schwer auffindbare Annäherung begann Ende der 1970er-Jahre und wurde möglicherweise durch die internationalen Krisen beschleunigt, lag aber nicht in diesen begründet. Die Gewerkschaftsbeziehungen entfalteten eine Dynamik, die in den 1980er-Jahren zunehmend ihren eigenen Gesetzen gehorchte und weniger denen der Regierungspolitik.

Allerdings handelte es sich bei der gewerkschaftlichen Annäherung nicht um einen geradlinigen Prozess, der schließlich in eine vermeintliche Kollaboration mit dem »Systemgegner« geführt hätte. Die engen Grenzen der Entspannung wurden unter anderem anhand eines 1988 durchgeführten Urlauberaustauschs deutlich. Für den Sommer 1988 verabredeten beide Seiten, jeweils zehn Familien ehrenamtlicher Funktionäre, aber ohne Kinder (!), einen 14-tägigen Urlaub in einer Ferien- bzw. Erholungseinrichtung der anderen Seite zu ermöglichen. Die Kosten trug grundsätzlich die einladende Seite, allerdings erhob der DGB von den westdeutschen Urlaubern eine Eigenbeteiligung von 1.100 DM pro Paar, das zudem die Fahrtkosten selbst tragen musste (DGB/FDGB 1988). Dies sollte sich dann auch wenig überraschend als Hemmnis herausstellen: Von DDR-Seite aus nahmen zehn Paare teil; von westdeutscher Seite waren es lediglich vier Paare, die ihren Urlaub gemeinsam verbrachten (DGB 1989c).

Ein westdeutscher Teilnehmer dieses Austauschs berichtete anschließend in einem längeren Brief über seine Erlebnisse. Generell seien seine

Ehefrau und er sehr zuvorkommend und freundlich behandelt worden, ihr FDGB-Betreuer sei »nicht doktrinär« und auch bereit gewesen, »Systemfehler einzugestehen« (F. T. 1988). Das Gefühl, letztlich aber doch »unter Kontrolle« gestanden zu haben, habe die Urlauber jedoch nicht verlassen (ebd.). Als problematisch betrachtete das westdeutsche Ehepaar die erfahrene Vorzugsbehandlung. So wurde ihnen »in einem Speiseraum für ca. 120 Personen zu jeder Mahlzeit eine Kleinigkeit extra gereicht«, was von den DDR-Urlaubern »mit neidischen Blicken« bedacht worden sei (ebd.). Der FDGB-Betreuer habe erklärt, »das aufgebesserte Essen und das Getränk gehörten zur Preiskategorie für »ausländische« Gäste« (ebd.). Zudem wurden den westdeutschen Gästen im Speiseraum feste Plätze zugewiesen, während die DDR-Urlauber vor der Tür auf Platzzuweisung warten mussten. »So haben wir Bundi's [sic] uns ganz gut angefreundet, aber die Kontakte zu denen unterblieben« (ebd.). Schließlich habe sich herausgestellt, dass einige DDR-Urlauber annahmen, es handle sich bei den Gewerkschaftsgästen um DKP-Mitglieder. Andere wiederum hatten die Befürchtung, dass jetzt Westdeutsche den DDR-Bürgern die wenigen Ferienplätze streitig machen würden.

Angesichts des damals schon millionenfachen Reiseverkehrs zwischen Ost und West mutet dieser Urlauberaustausch kurios an. Nach 15 Jahren Entspannungspolitik und vielfachen Kontakten zwischen den beiden Staaten auf kultureller, wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene und angesichts der aufs Ganze gesehen beständig erweiterten Reiseerleichterungen erinnerte dieser Austausch eher an die frühen 1960er-Jahre. Die Bereitschaft zu diesem Austausch und das (anfängliche) Interesse beider Seiten deuten auf die nach wie vor hohen »blockpolitischen« Hürden zwischen beiden Organisationen. Der FDGB wollte den Urlauberaustausch auch fortsetzen, auf bundesdeutscher Seite stieß diese grenzüberschreitende Kooperation dagegen auf wenig Begeisterung. Der DGB beschloss, den Austausch künftig den Einzelgewerkschaften zu überlassen, und schob hierfür organisatorische Gründe vor (Unterlagen 1988; Milert 1989a; Milert 1989b; Breit 1989c). Im August 1989 teilte der DGB dem FDGB schließlich mit, dass der Austausch aufgrund des geringen Interesses nicht weitergeführt werde (Milert 1989c).

Der Stand der Beziehungen zwischen DGB und FDGB war am Ende der 1980er-Jahre vielschichtig und ist nicht in einfachen Kategorien zu deuten. Die Delegationszahlen selbst waren im innerdeutschen Vergleich

eher unbedeutend. So wurden im Jahr 1987 5 Millionen private Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik gezählt und etwa 5,5 Millionen in die Gegenrichtung (BMiB 1987: 379). Aber auch im Vergleich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Kirchen, waren die gewerkschaftlichen Delegationszahlen marginal. Schon in den Jahren 1975 bis 1981 förderte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMiB) 15.500 innerdeutsche Jugendbegegnungen mit 82.000 Jugendlichen, 97 Prozent davon entfielen auf die Kirchen (Kassel 1982). Und selbst der 1982 zwischen dem westdeutschen Bundesjugendring und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) verabredete Austausch umfasste mehr Personen als die offiziellen Gewerkschaftsbegegnungen. Allein für das zweite Halbjahr 1985 zählte das BMiB rund 1.000 FDJ-Mitglieder, die in die Bundesrepublik gereist waren (BMiB 1986: 13). Dem standen 16 offizielle Gewerkschaftsbegegnungen mit 100 bis 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im gesamten Jahr 1985 gegenüber.

Im Sommer 1989 bewegten sich DGB und FDGB auf einem politischen Weg, der Ende der 1970er-Jahre begonnen hatte und Mitte der 1980er-Jahre öffentlich zutage getreten war. Die Entspannungspolitik zeigte ohne Zweifel Wirkung. Dennoch war man an der DGB-Spitze gegen Ende der 1980er-Jahre der Auffassung, auf der Stelle zu treten. Die vielfachen Kontakte seien zwar freundlich, aber es müsse überlegt werden, »von einem mehr ›touristischen Programm‹ zur inhaltlichen Diskussion auf fachlicher Ebene (Seminarform) zu kommen« (Milert 1988d; vgl. Blättel 1988). Von einer Krise im Jahr 1989 kann zwar nicht gesprochen werden, allerdings von einer gewissen Ratlosigkeit über die Zukunft der innerdeutschen Gewerkschaftsbeziehungen seitens des DGB. Die diskursive Einflussnahme auf die ostdeutsche gewerkschaftliche Elite sollte aufrechterhalten werden, nur war unklar, wie dies künftig konzeptionell geschehen könne.

Die sich Ende der 1980er-Jahre abzeichnenden »Grenzen der Entspannung« machten sich aufseiten des FDGB und der DDR im Wesentlichen in der Berlin-Frage fest, von westlicher Seite aus dagegen an der Zurückhaltung des DGB, sich auf eine gemeinsame Gedenkpolitik einzulassen. 1987 hatte Harry Tisch verschiedene geschichtspolitische Projekte vorgeschlagen, die beide Organisationen gemeinsam durchführen könnten: zum einen eine Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September 1989, zum anderen Festveranstaltungen zur Gründung des ADGB 1919 sowie zum 100. Jahrestag des Halberstädter Kongresses 1892, auf dem die sozialdemo-

kratischen Gewerkschaften reorganisiert wurden (Milert 1987). Die vorgeschlagene Veranstaltung in beiden Teilen Berlins scheiterte, da die SED sie nicht mit ihrer Interpretation des Berlin-Status in Einklang bringen konnte (Milert 1988e; Unterlagen 1988). Auf gemeinsame Feiern anlässlich sozialdemokratischer Gewerkschaftsgeschichte wiederum wollte sich Ernst Breit nicht einlassen (DGB 1987b). Allenfalls wissenschaftliche Seminare seien denkbar und wurden auch durchgeführt, wie beispielsweise 1988 das geschichtspolitische Hattinger Forum zu Rosa Luxemburg, zu dem neben der aus der DDR stammenden Rosa-Luxemburg-Expertin Anneliese Laschitzka auch der Leiter und stellvertretende Leiter der FDGB-Gewerkschaftshochschule Bernau, Heinz Deutschland und Wolfgang Heym, eingeladen waren (Milert 1988a; Milert 1988b; Milert 1988c; Hattinger Forum 1988).

Der DGB akzeptierte den FDGB als Akteur der ostdeutschen Gesellschaft, mit dem auf Augenhöhe kooperiert, jedoch nicht fraternisiert wurde. Die Dialoge und Kontakte in den 1980er-Jahren, die Annahme einer dauerhaften Zweistaatlichkeit sowie die mittlerweile persönliche und teilweise freundschaftliche Ebene bei den Begegnungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die DDR für die westdeutschen Gewerkschaften nach wie vor ein »Systemgegner« war. Die Einheit Deutschlands blieb das politische Ziel, auch wenn es in weite Ferne gerückt war.

Auf den ersten Blick wirkt das vorsichtige Auftreten während der letzten Spitzenbegegnung im September 1989 wie die Aufgabe deutschlandpolitischer Positionen. Der DGB agierte damit jedoch ähnlich wie die Bundesregierung: Helmut Kohl förderte zwar die Grenzöffnung in Ungarn mit ökonomischen Zusagen, zugleich aber drängte die Bundesregierung die westdeutschen Botschaften, die Botschaftsflüchtlinge zur Rückkehr in die DDR zu bewegen (Wirsching 2006: 633 ff.).

Der Übergang von der Stabilisierungspolitik zur offenen Aufforderung an den FDGB, gesellschaftliche Reformen durchzuführen, belegt dagegen, wie wenig die westlichen Gewerkschaften sich tatsächlich dem »Systemgegner« angenähert hatten. Ende Oktober 1989 forderte Ernst Breit den FDGB auf, das Gespräch mit der Opposition zu suchen: »Was in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn unter den jeweils unterschiedlichen nationalen Bedingungen begonnen hat, kann auch an der DDR nicht vorübergehen« (Breit 1989f).

Anfang Dezember 1989 sah der DGB die deutsche Teilung dann als überwindbar an. In einer deutschland- und europapolitischen Entschlie-

fung forderte er nicht nur freie Wahlen in der DDR, sondern erklärte auch sein Ziel, »die Teilung Deutschlands durch eine Vertragsgemeinschaft zu überwinden« (DGB 1989a). Aber auch ohne dieses von den Beteiligten nicht vermutete Ende der DDR kann man feststellen, dass der FDGB deutlich stärker in die entspannungspolitischen Vorstellungen des Westens eingebunden war als gemeinhin angenommen, selbst jedoch wenig Wirkung auf den DGB im ostdeutschen Sinne entfaltete. Insbesondere die berlinpolitischen Initiativen (750-Jahr-Feier und regionale Gewerkschaftskontakte), also gewissermaßen der »Verzicht« des FDGB auf Westberlin, belegen dies.

## Literatur und Quellen

- Andler, Wolf (1979): Begegnungen. Persönliche Notizen während einer Studienfahrt in der DDR, in: Forstliche Mitteilungen. Zeitschrift der Fachgruppe Forstbeamte und -angestellte in der GGLF im DGB, (1979) 4, S. 61
- Arbeit und Leben (1979): Empfehlungen für die Planung und Durchführung von Studienseminaren in der DDR (verabschiedet am 18.9.1979), Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001702
- Badische Zeitung (1985): Für Anerkennung der Grenzen, in: *Badische Zeitung* vom 1.6.1985
- Bahr, Egon (1996): *Zu meiner Zeit*. München 1996
- Blättel, Irmgard (1988): Besuch einer DGB-Frauen-Delegation beim FDGB vom 10.–14.10.1988, 6.12.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002177
- BMI (2011): Notiz des DGB zum Ablauf und zur Wertung des FDGB-Spitzenbesuches vom 27. September bis 1. Oktober 1977 in Düsseldorf, Düsseldorf, 3. Oktober 1977“, in: Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv (Hg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik*. VI. Reihe, Band 5, 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1978, München 2011, S. 345–347
- BMiB (1983): Vermerk über Telefongespräch am 15.8.1983 mit dem DGB, Bundesarchiv, B 137/15304
- BMiB (1986): Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen seit 1980, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): *Innerdeutsche Beziehungen*. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen

- der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, S. 5–16
- BMiB (1987): Die innerdeutschen Beziehungen 1987 – Zahlen, Daten, Fakten. Pressemitteilung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 17. Dezember 1987, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III/Band 5-1987, S. 377–397
- Breit, Ernst (1984): Ernst Breit an Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes, 29.2.1984, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001704
- Breit, Ernst (1987): Statement vor dem DGB-Bundesvorstand am 2.7.1987 zum Besuch der DGB-Delegation in der DDR, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000544
- Breit, Ernst (1989a): Die deutschen Gemeinsamkeiten wahren, in: Dieter Haack, Hans-Günter Hoppe, Eduard Lintner, Wolfgang Seiffert (Hg.): Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, 4. Aufl., Köln, S. 73–79
- Breit, Ernst (1989b): Ernst Breit an den DGB-Bundesvorstand, Bericht über den Besuch einer FDGB-Delegation vom 12.–15.9.1989, 25.9.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Breit, Ernst (1989c): Ernst Breit an DGB-Bundesvorstand, 22.5.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002182
- Breit, Ernst (1989d): Statement bei der DGB-Presskonferenz am 15.9.1989 in Stuttgart, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Breit, Ernst (1989e): Statement für die Pressekonferenz mit Lech Wałęsa am 7.9.1989 in Düsseldorf, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001378
- Breit, Ernst (1989f): Umbruch in Europa kann an DDR nicht vorübergehen. Sperrfrist: Frei ab 22.10.1989, 15 Uhr, in: DGB-Nachrichtendienst vom 20.10.1989
- Breit, Ernst (1989g): Veränderungen in einigen Ost-Ländern lassen hoffen, in: DGB-Nachrichtendienst, 14.9.1989
- Der Spiegel (1972): Warm und freundlich, in: *Der Spiegel* vom 23.10.1972, S. 98, [www.spiegel.de/spiegel/print/d-42787541.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42787541.html) (Abruf am 28.1.2017)
- Der Spiegel (1985): »Unser Rechtskampf war nicht vergebens«, in: *Der Spiegel* vom 10.6.1985, S. 30–32, [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13514056.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13514056.html) (Abruf am 28.1.2017)
- Deutsche Botschaft Moskau (1973): Deutsche Botschaft Moskau an Auswärtiges Amt, 16.8.1973, Nr. 3146, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, ZA, Band 126726

- DGB (1973): Protokoll der DGB-Bundesvorstandssitzung vom 3.4.1973, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000478
- DGB (1974): Die internationale Gewerkschaftspolitik des DGB im europäischen Rahmen, Teil 1, Jahreswende 1973/74, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000483
- DGB (1980a): Dokumentation. Das Grundsatzprogramm des DGB von 1963 und der Entwurf von 1979 im Vergleich, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31/1980, 1, S. 28–82
- DGB (1980b): Entwurf zu einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zur Gefährdung von Frieden und Entspannung, Januar 1980, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000503
- DGB (1980c): Protokoll der DGB-Bundesvorstandssitzung vom 5.2.1980, in: Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000503
- DGB (1981): Protokoll 4. Außerordentlicher DGB-Bundeskongreß, Düsseldorf, 12. bis 14. März 1981, Düsseldorf 1981
- DGB (1984): Bewertung des vom FDGB vorgelegten Entwurfs einer Vereinbarung zwischen dem Bundesvorstand des FDGB und dem Bundesvorstand des DGB über die Weiterführung der bilateralen Beziehungen, 20.2.1984, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001703
- DGB (1985): Gemeinsame Presseerklärung über den Aufenthalt einer FDGB-Bundesvorstandsdelegation in der Bundesrepublik vom 28.–31.5.1985, in: DGB-Nachrichtendienst vom 31.5.1985
- DGB (1987a): Gemeinsame Presseerklärung über den Aufenthalt einer DGB-Bundesvorstandsdelegation in der DDR vom 25.–29.5.1987, in: DGB-Informationsdienst, 1.6.1987
- DGB (1987b): Protokoll der DGB-Bundesvorstandssitzung vom 1.12.1987, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000545
- DGB (1989a): Entschließung zur deutschland- und europapolitischen Situation (beschlossen vom DGB-Bundesvorstand am 5.12.1989), in: DGB-Nachrichtendienst, 7.12.1989
- DGB (1989b): Pressemitteilung zum Besuch einer Delegation des DGB Berlins beim FDGB vom 20.–23.6.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002177
- DGB (1989c): Vorlage zur Beratung im Geschäftsführenden Bundesvorstand, betr. Übernahme der durch den Ferienaustausch mit dem FDGB nicht gedeckten Kosten, 3.5.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002182

- DGB Abt. Gesellschaftspolitik (1969): Überprüfung der politischen Möglichkeiten offizieller Kontakte zum FDGB, 27.11.1969, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001135
- DGB Bayern (1989): Pressemeldung Nr. 29 des DGB Bayern vom 19.9.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002177
- DGB/FDGB (1984): Vereinbarung zwischen den Bundesvorständen von DGB und FDGB über die Weiterführung ihrer bilateralen Beziehungen, 24.2.1984, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001703
- DGB/FDGB (1987): Vereinbarung zur Weiterführung der Beziehungen zwischen dem FDGB und dem DGB vom 28.5.1987, Bundesarchiv, B 137/12656.
- DGB/FDGB (1988): Vereinbarung zwischen DGB und FDGB über den Besuch der gewerkschaftlichen Freizeit- und Erholungseinrichtungen, 9.3.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- DGB/FDGB (1989): Gemeinsame Pressemitteilung über den Besuch einer Delegation des Bundesvorstands des FDGB vom 12.–15.9.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- F. T. (1988): F. T. [anonymisiert] an Werner Milert, 9.9.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002182
- Faulenbach, Bernd (2007): Europa im Zeichen der Entspannungspolitik, in: Hans-Joachim Veen, Ulrich Mähler, Peter März (Hg.); Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 17–29
- FAZ (1984): Gespräche der Gewerkschaften beider deutscher Staaten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.2.1984
- FDGB (1977): Information für das Politbüro des Zentralkomitees der SED über den Besuch einer Delegation des Bundesvorstandes des FDGB in der Bundesrepublik Deutschland, 12. Oktober 1977, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI/5, S. 384–388
- FR (1975): Nach einem Kantinengespräch abgeschoben, in: *Frankfurter Rundschau* vom 3.7.1975
- FR (1985): Rüstung im All verurteilt, in: *Frankfurter Rundschau* vom 3.6.1985
- Frister, Erich (1980): Erich Frister an Paul Ruhig (Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im FDGB), 24.10.1980, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001702
- Fritze, Walter (1972): Die Ostpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23(1972), 10, S. 644–649

- Gaus, Günter (1981): Bericht über Besuch einer ÖTV-Delegation in der DDR vom 6.–9.1.1981, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001702
- GEW (1989): GEW-Korrespondenz vom 2.11.1989
- Gewerkschaftskontakte (o.J.): Gewerkschaftskontakte Bundesrepublik-DDR, Bundesarchiv, B 137/15304
- Götz, Christian (1973): Arbeitnehmer in Ost und West haben gemeinsame Grundinteressen. Zum ersten offiziellen Besuch einer Delegation von Gewerkschaftsjournalisten in der UdSSR, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 24(1973), 7, S. 446–451
- Hattinger Forum (1988): Programm des Hattinger Forums »70 Jahre Novemberrevolution/Rosa Luxemburg im Widerstreit«, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Hildebrandt, Jens (2010): Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur neuen Ostpolitik 1955 bis 1969, St. Ingbert 2010
- Internationale Gewerkschaftskontakte (1972): Internationale Gewerkschaftskontakte, 1.7.–31.12.1972 [Stand etwa November 1972], Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000478
- Internationale Gewerkschaftskontakte (1973): Internationale Gewerkschaftskontakte, 1.1.–30.6.1973, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAJ000202
- Jäger, Wolfgang (1986): Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1974, in: Karl Dietrich Bracher (Hg.): Republik im Wandel, Band 1, Die Ära Brandt: 1969–1974, Stuttgart 1986, S. 15–160
- Honecker, Erich (1986): Schreiben von SED-Generalsekretär Erich Honecker an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland vom 5. Oktober 1983, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, S. 154
- Kaltenborn, Wilhelm (1977): Notiz zum Besuch der FDGB-Delegation vom 27.9.-1.10.1977, 23.9.1977, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001143
- Kassel (1982): Innerdeutsche Beziehungen, Jugendtourismus, Grundsatzpapier von Dr. Kassel vom 8.3.1982, Bundesarchiv, B 137/15265
- Kohl, Helmut (1986): Antwort von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl auf das Schreiben vom Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker zur Raketenstationierung, 24. Oktober 1983, in: Bundesministerium

- für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, S. 158–160
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009
- Kristoffersen, Erwin (1980): Vermerk für Vetter über gewerkschaftliche Ost-West-Beziehungen, 19.5.1980, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002005
- Milert, Werner (1987): Aktenvermerk über den Inhalt der Gespräche mit Harry Tisch beim Besuch der DGB-Delegation vom 25.–29.5.1987, 1.7.1987, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001705
- Milert, Werner (1988a): Milert an Rolf Spitzner, 24.5.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Milert, Werner (1988b): Milert an Uellenberg, 2.11.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Milert, Werner (1988c): Milert an Wolfgang Uellenberg (DGB, Abt. Gewerkschaftliche Bildung), 6.5.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Milert, Werner (1988d): Unterlagen für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des FDGB Harry Tisch am 9.11.1988 in Dachau, 3.11.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Milert, Werner (1988e): Vermerk für das Gespräch mit Harry Tisch am 16.4.1988, 31.3.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Milert, Werner (1989a): Aktenvermerk über das Gespräch zwischen Breit und Heilemann am 23.1.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Milert, Werner (1989b): Freizeit- und Erholungsaustausch, 30.3.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Milert, Werner (1989c): Zum Verhältnis DGB/FDGB, 25.8.1989, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002022
- Müller, Stefan (2010): Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912–2001), Essen 2010
- Müller, Stefan (2014a): DGB und Ostpolitik. Gewerkschaften als parastaatliche Akteure im Entspannungsprozess, in: Michaela Bachem-Rehm, Claudia Hiepel, Henning Türk (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 223–234

- Müller, Stefan (2014b): West German Trade Unions and the Policy of Détente (1969–1989), in: *Moving the Social*, 52(2014), S. 109–137
- Nawrocki, Joachim (1986a): Darf er, kann er, soll er?, in: *Die Zeit* vom 3.10.1986, S. 13, [www.zeit.de/1986/41/darf-er-kann-er-soll-er](http://www.zeit.de/1986/41/darf-er-kann-er-soll-er) (Abruf am 28.1.2017)
- Nawrocki, Joachim (1986b): Zauberformeln für Berlin, in: *Die Zeit* vom 12.12.1986, S. 4, [www.zeit.de/1986/51/zauberformeln-fuer-berlin](http://www.zeit.de/1986/51/zauberformeln-fuer-berlin) (Abruf am 28.1.2017)
- Nawrocki, Joachim (1987): Ein alter Brief als Vorwand, in: *Die Zeit* vom 17.4.1987, S. 4, [www.zeit.de/1987/17/ein-alter-brief-als-vorwand](http://www.zeit.de/1987/17/ein-alter-brief-als-vorwand) (Abruf am 28.1.2017)
- ND (1983): Vordringliches Erfordernis unserer Zeit: Neue Runde des atomaren Wettrüstens verhindern, in: *Neues Deutschland* vom 22.9.1983
- ND (1987a): Begegnungen mit Vertretern des Senats von Berlin (West), in: *Neues Deutschland* vom 14.4.1987
- ND (1987b): Diepgen sagt Teilnahme am Treffen der Oberbürgermeister ab, in: *Neues Deutschland* vom 30.4.1987
- Niedhart, Gottfried (2014): Wandel durch Annäherung und Grenzen des Wandels in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten des Warschauer Paktes 1967–1975, in: Michaela Bachem-Rehm, Claudia Hiepel, Henning Türk (Hg.): *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth*, München 2014, S. 189–198
- Otto, Bernd (1972): Bericht über »Informationsgespräch DGB–FDGB am 18./19.10.1972«, *Archiv der sozialen Demokratie*, 5/DGAI000477
- Pagels, Michael (1989): Michael Pagels an Ernst Breit, 28.6.1989, *Archiv der sozialen Demokratie*, 5/DGAI002177
- Pothoff, Heinrich (1995): Deutschlandpolitik der Regierungen Kohl und die deutsche Frage in den Parteien und der Öffentlichkeit 1982–1989, in: ders. (Hg.): *Die »Koalition der Vernunft«*. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 9–86
- Rödter, Andreas (2009): *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009
- Seidel, Karl (2002): *Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten*, Berlin 2002

- Simon, Harald (1980): Harald Simon an Heinz Oskar Vetter, 15.1.1980, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI000503
- Stobbe, Dietrich (1980): Ein Schlag gegen die Entspannung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 24.10.1980
- Tagesspiegel (1984): DGB und FDGB wollen Kontakte auf Spitzenebene intensivieren, in: *Tagesspiegel* vom 25.2.1984
- Unterlagen (1988): Unterlagen für das Gespräch mit Harry Tisch am 9.11.1988 in Dachau, 3.11.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002031
- Vetter, Heinz Oskar (1970): Vetter an DGB-Landesbezirke und Kreise, 24.4.1970, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001693
- Vetter, Heinz Oskar (1974a): Heinz Oskar Vetter an DGB-Bundsvorstand, 14.5.1974, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001692
- Vetter, Heinz Oskar (1974b): Heinz Oskar Vetter an Herbert Warnke, 8.3.1974, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001464
- Vetter, Heinz Oskar (1976): Warum der DGB mit dem FDGB redet. Konkrete Antworten auf zahlreiche Fragen, in: SPD-Pressedienst, 22.11.1976
- Vetter, Heinz Oskar (1979): Redebeitrag auf der Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des KUD, in: Politik und Kultur, 6(1979), 5, S. 70–75
- Vetter, Heinz Oskar (1982): Heinz Oskar Vetter an Harry Tisch, 8. März 1982, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI001703
- Vetter, Heinz Oskar (1983): Notizen. Anmerkungen zur internationalen Politik, Köln 1983
- Warnke, Herbert (1972): Information über die Verhandlungen des FDGB mit der Delegation des DGB am 18./19. Oktober 1972, 23.10.1972, Bundesarchiv, DY 34/23148, Bl. 376–382
- Wilke, Manfred (2005): Die »Westarbeit« des FDGB. Die DDR-Gewerkschaft und die innerdeutschen Beziehungen (1945–1990), in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 18, S. 115–137
- Wilke, Manfred/Müller, Hans-Peter (1991): Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozeß, Marburg 1991
- Wirsching, Andreas (2006): Abschied vom Provisorium. 1982–1990, München 2006
- Wunder, Dieter (1987): Wie kann die friedenspolitische Verantwortung der GEW und der GUE praktisch werden? Vortrag auf dem Friedenspäda-

gogischen Treffen vom 28.9.–1.10.1987 in Kassel, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002174

Wunder, Dieter (1988): Thesen betreffend das Verhältnis der GEW zur GUE. Ergänzung zum Nachbereitungstreffen in Frankfurt-Hoechst am 5.12.1987, 28.1.1988, Archiv der sozialen Demokratie, 5/DGAI002174

